DEUTSCHES WIRTSCHAFTSFORUM 2012

FRANKFURT AM MAIN · 7. DEZEMBER 2012

www.deutscheswirtschaftsforum.de

EINE VERANSTALTUNG VON: CONVENT.de

ROHSTOFFSICHERHEIT

Eine verlässliche Energiepolitik forderte Bundeskanzler a. D. Gerhard Schröder auf dem Deutschen Wirtschaftsforum. Mehr auf Seite 2 und 3

ENERGIEWENDE

Der designierte BDI-Präsident Ulrich Grillo plädierte für eine sichere, saubere und bezahlbare Energiewende. Mehr auf Seite 2

FESTLICHER EMPFANG

Dr. Mathias Müller, Präsident der IHK Frankfurt a. M., empfing rund 200 Gäste zur Abendveranstaltung im Gesellschaftshaus Palmengarten. Mehr auf Seite 4

„ZEIT ZU TEILEN“

Nina Ruge rief zu Spenden für die UNICEF-Weihnachtsaktion „Zeit zu teilen“ auf, mit der Mütter und Neugeborene in fünf afrikanischen Ländern unterstützt werden. Mehr auf Seite 4

Anlässlich des Deutschen Wirtschaftsforums hielten am 7. Dezember 2012 Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) und EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) vor über 700 geladenen Gästen in der Frankfurter Paulskirche ein flammendes Plädoyer für Europa.

EUROPA AM SCHEIDEWEG: ZWISCHEN „FASZINIEREND“ UND „BEJAMMERNSWERT“

Wirtschaftsminister Rösler mahnt zu mehr Geduld bei der Umsetzung der Reformen. EU-Parlamentspräsident Schulz fordert die Bildung einer europäischen Regierung.

Frankfurt. Wie gut sind wir aufgestellt, wenn die Eurokrise uns trifft? Welche Rolle wird Deutschland in der Welt von morgen spielen? Und wie lässt sich die Energiewende bewältigen? Antworten, Diskussionen und Forderungen rund um die drängenden Fragen der Zukunft standen im Mittelpunkt des Deutschen Wirtschaftsforums 2012 in Frankfurt am Main.

Führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft waren am 7. Dezember der Einladung an Deutschlands wichtigsten Finanzstandort gefolgt, um vor über 700 Gästen zu sprechen. Die Konferenz begann in der geschichtsträchtigen Paulskirche, um im zweiten Teil im frisch restaurierten Gesellschaftshaus Palmengarten fortgesetzt zu werden.

Passend zur Historie der Frankfurter Paulskirche stand das erste Plenum ganz unter der Fragestellung „Quo vadis Demokratie in Europa?“. Angesichts eines „Europas am Scheideweg“ forderte der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), eindringlich ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union. Die EU sei „ein faszinierendes Projekt, aber in einem bejammernswerten Zustand“. Deutschland habe seine eigene Wahrung und damit Teile der nationalstaatlichen Souveränität aufgegeben – man müsse sich fragen, wofür? Mit seiner scharfen Rede adressierte der EU-Parlamentspräsident auch ausdrücklich seinen Vorredner, Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler (FDP). „Der deutsche Wirtschaftsminister ist ein bedeutender Europa-Politiker. Sie tragen für Europa die gleiche Verantwortung wie ich“, sagte Schulz.

Rösler hatte zuvor in außergewöhnlicher Haltung über Deutschlands Rolle in der EU gesprochen. „Europa ist mehr als eine Währung“, betonte er. „Es gibt keine gesellschaftliche Freiheit, ohne eine wirtschaftliche Freiheit. Europa ist die beste Garantie dafür.“ Nach der Aufweichung der Maastricht-Kriterien und der damit einhergehenden Verschuldung seien die gemeinsame Entscheidung für den Fiskalpakt und die Schaffung neuer Stabilitätskriterien für den Euro der richtige Weg. Rösler sprach sich zufrieden über die gemeinsame Vereinbarung struktureller Reformen innerhalb der EU aus, ob für Flexibilisierungen auf dem Arbeitsmarkt oder zur Senkung der Lohnzusatzkosten. „Jetzt brauchen wir nur noch Zeit, damit diese Reformen wirken und wir die Wettbewerbsfähigkeit verbessern können.“

Werner D'Inka, Herausgeber F.A.Z., und Katja Marx, Chefredakteurin Hörfunk und Programmleiterin hr-INFO beim Hessischen Rundfunk, moderierten die feierliche Eröffnung und sprachen u. a. mit DIHK-Präsident Prof. Hans Heinrich Driftmann.

Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) eröffnete das Deutsche Wirtschaftsforum und begrüßte die Gäste persönlich in Frankfurt am Main, hier Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler (FDP).

Würdiger Rahmen: Das Deutsche Wirtschaftsforum fand in diesem Jahr zum ersten Mal in der historischen Frankfurter Paulskirche statt, in der 1848 die erste deutsche Nationalversammlung tagte.

Forderung nach EU-Regierung

Röslers generellem Wunsch nach „deutlich mehr Geduld“ beim Thema Europa wollte Schulz nicht nachkommen. Unter den hohen Fenstern der Paulskirche, einst Tagungsort des ersten deutschen Parlaments, sprach der EU-Politiker klare Worte: „Wir brauchen eine europäische Regierung, die vom Europaparlament eingesetzt wird und wenn sie schlecht ist, wieder abgesetzt wird.“ Auch der Sorge über eine zunehmende Gewichtsverschiebung zu EU-Ebene von der Legislative zur Exekutive verlieh Schulz Ausdruck. Man dürfe nicht stückchenweise nationale Kompetenzen zugunsten Europas verschieben, ohne das Modell der Gewaltenteilung auf EU-Ebene zu

> *„Wir brauchen eine europäische Regierung, die vom Europaparlament eingesetzt wird.“*

implementieren. Das Ergebnis sei ein unpraktikables, intransparentes und erschreckendes „Frankenstein-Europa“.

Seine Forderung nach einer europäischen Regierung verknüpfte Schulz mit zentralen Herausforderungen. Um mit aufstrebenden Regionen wie Südamerika oder Südostasien mithalten zu können, müsse sich die EU gemeinsam den weltweiten Handelsherausforderungen stellen. Neben einer Bewältigung des Migrationsdrucks sprach Schulz zudem die Eurokrise an. Die gemeinsame europäische Währung sei noch immer Ausdruck der starken wirtschaftlichen Kraft, die hinter ihr stehe. Unter dem Applaus der Konferenzteilnehmer fragte Schulz: „Warum erlauben wir, dass der Euro so schlechtgeredet wird?“ Und fügte wenig später hinzu: „Wir wären gut beraten, die Polen schnell in den Euro reinzukriegen, statt ständig darüber zu reden, wie wir die Griechen rauskriegen.“

Europäische Bankenaufsicht

Die aktuelle Diskussion um eine europäische Bankenaufsicht begrüßte derweil auch Wirtschaftsminister Rösler ausdrücklich. Nach aktuellen EU-Plänen soll die Europäische Zentralbank (EZB) von 2013 an schrittweise alle 6.000 Banken im Euroraum überwachen. „Wenn man europäisch denkt, muss man bereit sein, einzelne Zuständigkeiten und Kontrollaufgaben abzugeben“, sagte der FDP-Politiker. Die gemeinsamen Regeln müssten zudem für die gesamte deutsche Bankenlandschaft gelten, also auch für Sparkassen oder Raiffeisenbanken. Gleichzeitig sollten Teile der Aufsicht bei den nationalen Behörden verbleiben.

Auch der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann, betonte, Bürger, Unternehmer und Politiker müssten ihrer Verantwortung für das gemeinsame Europa gerecht werden. Denn: „Die Gemeinschaftswährung nützt den Unternehmen und Beschäftigten in Deutschland und ganz Europa“, bekräftigte der Unternehmer und erinnerte trotz aller Befürchtungen an die stärkere Stabilität des Euro im Vergleich zur D-Mark. Driftmann würdigte in seinem Vortrag auch die Maßnahmenpakete in Krisenländern wie Spanien und Portugal. Er sprach von „Rosskuren und schmerzhaften Prozessen“, umso wichtiger sei es, Solidarität und Unterstützung zu zeigen. Auch in Deutschland gelte es nun, „neue, unvertraute Wege“ zu gehen, statt sich auf dem Erlangten auszuruhen, andere rücken längst nach. Driftmann forderte, man müsse jetzt „gemeinsame Antworten für Europa finden“ und nicht mehr nur Fragen stellen.

> *„Es gibt keine gesellschaftliche Freiheit, ohne eine wirtschaftliche Freiheit. Europa ist die beste Garantie dafür.“*

Gemeinsame Antworten, die der Politiker Schulz in Zukunft nicht mehr auf eilig anberaumten Gipfeln oder Kampfabstimmungen der 27 Staats- und Regierungschefs klären lassen möchte, sondern durch eine europäische Regierung. So will er auch die Kraft der 500 Millionen Einwohner der EU besser miteinbeziehen. Eine Idee für einen Regierungschef hätte er schon, sagte Schulz zum Ende seiner Rede geheimnisvoll – ohne einen Namen zu verraten.

ENTWICKLUNG UND INNOVATION

Appell an die Politik: Forschung und Entwicklung müssen intensiver gefördert werden.

Die Welt bleibt nicht stehen, sie entwickelt sich rasant, wird globaler und wettbewerbsintensiver, verändert ihre Bedingungen und Bedürfnisse. Noch ist Deutschland Exportmeister – aber wie lange noch?

Im zweiten Plenum des Deutschen Wirtschaftsforums sprachen drei deutsche Unternehmer über ihren eigenen Blick auf die Entwicklung von Innovationen, über Kreativität und Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland und über nationale Grenzen hinaus. Den Gästen präsentierten sich drei Redner mit ganz unterschiedlichen Perspektiven.

Den Anfang machte Thilo Kuther, Geschäftsführer der Pixomondo Studios, spezialisiert auf digitale Effekte. In Strickpullover, Jeans und Turnschuhen berichtete Kuther von den Anfängen seines Unternehmens in der elterlichen Garage bis zur Gründung eines globalen Netzwerks mit 850 Mitarbeitern. Ein Werdegang, der laut Kuther kaum so geplant war, der sich spontan aus den Anforderungen heraus ergab: Saß ein Auftraggeber in London, expandierte Pixomondo nach England. Kuthers Vortrag spiegelte aber auch die harte Arbeit, den Spaß an der Kreativität, die Leidenschaft für digitales Arbeiten wider. „Wir streiten 24 Stunden am Tag, um das beste Ergebnis“, berichtete der Geschäftsführer, dessen auch in Frankfurt ansässiges Unternehmen für Werbung, Kinofilme, Serien und viele andere Formate digitale Bilder erstellt und in diesem Jahr mit diversen Preisen ausgezeichnet wurde. Für das unter anderem mehrfach Oscarprämierte 3-D-Werk „Hugo Cabret“ arbeitete Pixomondo 432 Tage auf drei Kontinenten. Kuthers Credo: Das Innovative entsteht oft aus dem Unkonventionellen.

Der Executive Producer setzt dabei auf viele kleine Standorte, die stets 40 Prozent ihres Auftrags an andere Standorte abgeben müssen. So sei „jeder mal Kunde, mal Lieferant“, die kreativen Köpfe könnten jedoch an ihren Heimatorten bleiben und trotzdem die ganze Welt bedienen. „Die größte Herausforderung ist die Kommunikation“, sagte Kuther. „Sie ist sehr weh und kostet wahnsinnig viel Zeit.“ Seiner internationalen Belegschaft diagnostizierte der Hesse eine „kreative DNA“, aus unterschiedlichen kulturellen Betrachtungsweisen und Ideen.

Innovation im EU-Netzwerk

Einen konkreten strategischen Ansatz, über die eigene Branche hinaus, präsentierte Dr. Reinhard Ploss, Vorstandsvorsitzender der Infineon Technologies AG. Er bezeichnete die Forscher als „das Rückgrat und die Kompetenz unseres Unternehmens“. Damit eine Idee zur Realität und damit zur Innovation werden könne, müsse jedoch zunächst die Brücke der

Fortsetzung auf der nächsten Seite

DAS DEUTSCHE WIRTSCHAFTSFORUM

Das Deutsche Wirtschaftsforum ist seit 2009 Treffpunkt der Entscheider aus Wirtschaft und Politik und fand am 7. Dezember 2012 bereits zum vierten Mal statt. In diesem Jahr trafen sich die Teilnehmer in Frankfurt. Veranstaltungsorte waren die historische Paulskirche sowie das Gesellschaftshaus Palmengarten. 30 hochkarätige Redner diskutierten dabei in vier Plenen über die Rahmenbedingungen der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb und regten zum gemeinsamen Austausch der rund 600 geladenen Gäste an.

DIE PAULSKIRCHE

Als „Wiege der deutschen Demokratie“ bezeichnete J. F. Kennedy einst die Frankfurter Paulskirche. Denn in der geschichtsträchtigen Kirche tagten zwischen 1848 und 1849 die Delegierten der Frankfurter Nationalversammlung, um die erste demokratische Verfassung Deutschlands zu schaffen. Nach der Auflösung des Parlaments fanden dort von 1852 bis zur vollständigen Zerstörung im Jahr 1944 wieder Gottesdienste statt. Als erstes historisches Gebäude Frankfurts wurde sie nach Kriegsende wieder aufgebaut und zur Hundertjahrfeier der Eröffnungssitzung der ersten Nationalversammlung, am 18. Mai 1948, als politische Gedenkstätte eingeweiht. Seitdem ist die zwischen 1789 und 1833 errichtete rote Sandsteinkirche, bestehend aus einem Querovал und einem Frontturm, ein nationales Denkmal.

MITVERANSTALTER

bp · DeutschlandCard · UniCredit Corporate & Investment Banking · wintershall Wir fördern Zukunft.

Dr. Reinhard Ploss, Vorsitzender des Vorstands, Infineon Technologies AG

Thilo Kuther, Geschäftsführer, Pixomondo Studios GmbH & Co. KG

Fortsetzung von Seite 1

Technologie- und Produktentwicklung überschritten werden. Dabei unterschied Ploss deutlich zwischen unternehmerischen und politischen Aufgaben auf diesem Weg. „Wir brauchen eine aktive Forschungsförderungspolitik, die der Technologie auf diese Weit hilft“, sagte der Chef des Halbleiterkonzerns beim Deutschen Wirtschaftsforum. Die Weiterentwicklung sei dann Aufgabe der Firmen.

Mit Blick auf den globalen Wettbewerb betonte Ploss: „Deutschland und Europa haben die herausragende Kompetenz, Innovation im Netzwerk zu schaffen.“ Alleine könne man im Vergleich zur Anzahl der Ingenieure in China oder Indien auf Dauer wohl nicht mithalten. Ploss' klare Botschaft: Forschung und Entwicklung seien der Kern von Deutschlands heutigem Erfolg. Man habe auf die richtigen Themen gesetzt, dürfe aber jetzt nicht anfangen hinterherzuhinken. Denn: „Den heißen Atem spürt man bereits im Genick, an manchen Stellen schaut man schon den Absätzen hinterher.“

Forschung fördern

Der Infineon-Chef formulierte auch gleich klare Forderungen: Wissenschaft, Wirtschaft und Politik hätten die industrielle Forschung und Entwicklung zu intensivieren. Eine steuerliche Forschungsförderung von vier Milliarden Euro jährlich sei notwendig, die Bundesregierung solle vor allem „die für Deutschland wichtigen Schlüsseltechnologien bewerten und fördern“. Ploss kritisierte zudem, der mittelstandsorientierte Ansatz des Bundeswirtschaftsministeriums reiche nicht aus. Eine konkrete Ansage an den zuständigen Minister Rösler, der im vorangegangenen Plenum der Konferenz gesprochen hatte.

Im Anschluss betonte Michael Schmidt, Vorstandsvorsitzender von BP Europe, die Bedeutung der Globalisierung als Herausforderung, der man sich stellen müsse. „Nur Innovationen sichern unsere Wettbewerbsfähigkeit. Wir sind teurer als die meisten anderen Staaten, deshalb müssen wir besser sein oder etwas anbieten, das andere nicht haben“, summierte Schmidt. „Mich treibt die Sorge um, dass es in weiten Teilen der Bevölkerung zu wenig Verständnis für die Belange der Industrie gibt.“ Gleichzeitig bezeichnete er Deutschland ausdrücklich als gute, konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort, lobte Arbeitsmarkt, Sozialpolitik und Stabilität der Staatsfinanzen.

Schmidt trieb in seinem Vortrag speziell die Energiewende mit ihren Folgen für die deutsche Industrie und den globalen Wettbewerb um. Vor den über 700 Teilnehmern mahnte er, „einen gelungenen Ausgleich zwischen Klimaschutzzielen und den Belangen der traditionellen Industrie“ zu finden. „Die Kosten der Energiewende dürfen nicht außer Kontrolle geraten, sonst finden Investitions- und Reinvestitionsentscheidungen im globalen Standortwettbewerb woanders statt“, sagte der BP Europa-Chef. Viele für den Klimaschutz und die Energiewende benötigte Materialien seien letztlich Produkte energieintensiver Betriebe. Sie müssten wie bisher geschützt, „aber nicht auf Teufel komm raus subventioniert werden“. Auch die relative Knappheit Europas an Energieressourcen blieb nicht unerwähnt. Schmidt betonte, Innovationen im Energiebereich seien daher nicht zuletzt für Deutschland von zentraler Bedeutung. Seinen Beitrag schloss Schmidt mit eindringlichen Worten: „Ich glaube, wir alle wollen nicht, dass irgendwer sagt, ‚Deutschland hat noch eine Restlaufzeit von X'.“

„WIR DÜRFEN UNSERE ÖKONOMISCHE BASIS NICHT SCHWÄCHEN“

Michael Schmidt, Vorstandsvorsitzender der BP Europe SE und Referent beim Deutschen Wirtschaftsforum, über den Druck des globalen Wettbewerbs, konkrete Gefahren für die Industrie in Deutschland und wichtige Grundlagen als Exportnation.

Herr Schmidt, die Wirtschaft wird globaler, der Wettbewerbsdruck steigt. Wie attraktiv ist der Wirtschaftsstandort Deutschland noch?

Generell ist Deutschland ein sehr attraktiver Standort. Im globalen Vergleich haben wir eine hoch qualifizierte Bevölkerung. Das ist unser wertvoller Rohstoff – wie man immer so plakativ sagt – denn Bildung ist das, was uns nach vorne bringt. Aber ich sehe das Risiko, dass wir die Rahmenbedingungen für Unternehmen teilweise verschlechtern, durch EU-, aber auch Bundesgesetzgebung.

Was befürchten Sie konkret?

Ich habe manchmal den Eindruck, dass viele glauben, wir könnten ohne die Industrie leben. Allerdings haben uns andere Nationen, wie Großbritannien, die Konsequenzen schon gezeigt: Dort wurde stark deindustrialisiert und man hat jetzt gravierende Schwierigkeiten in der aktuellen Krise. Deutschland steht bisher relativ gut da, weil wir einen vergleichsweise hohen Industrieanteil haben. Man muss aufpassen, dass aus der kritischen Haltung der Industrie gegenüber nicht Forderungen erwachsen, wie die nach einer stärkeren Beteiligung der Unternehmen an den Kosten der Energiewende. Viele Unternehmen wären dann schlicht nicht mehr wettbewerbsfähig.

Gefährdet die Energiewende die deutsche Wirtschaft?

Andere Länder wie die USA werben aktiv mit niedrigen Strompreisen. Aktuell mit zwei Cent pro Kilowattstunde. Global tätige Unternehmen können sich ihren Standort aussuchen und werden bei steigenden Strompreisen irgendwann nicht mehr hier investieren. Über kurz oder lang müssen wir uns in Deutschland zwei Fragen stellen, nicht nur: Wie wollen wir leben? Sondern auch: Wovon wollen wir leben? Wir können uns nicht alle gegenseitig die Haare schneiden.

Was muss geschehen, damit Deutschland seine Rolle als führende Exportnation halten kann?

Das lässt sich auf das Thema Wettbewerbsfähigkeit verkürzen. Wenn wir in Deutschland, ob bei Kosten oder Technologien, nicht mehr wettbewerbsfähig sind, wird über kurz oder lang auch unser Wohlstandsniveau deutlich sinken. Wettbewerbsfähigkeit heißt für mich zum Beispiel, dass unsere Industrieunternehmen zeigen können, dass ihre Produkte, ihre Neuentwicklungen funktionieren. Man sollte nicht glauben, dass wir in Deutschland zukünftig alles Mögliche entwickeln, das dann aber woanders produziert wird. Am Ende würden dann vermutlich auch Forschung und Entwicklung verlagert werden. Denn, wenn Sie zum Beispiel Hochtechnologiegüter entwickeln, müssen Sie deren Funktionsweise auch zeigen können. Sie brauchen also Praxisbeispiele – und zwar üblicherweise direkt vor der Haustür.

Michael Schmidt, Vorsitzender des Vorstands, BP Europe SE, warnt vor schwindenden Industriezweigen.

Was fordern Sie konkret?

Wir müssen aufpassen, dass wir die hoch integrierte Wertschöpfungsstruktur in Deutschland – die höher integriert ist als in den meisten anderen Ländern – nicht gefährden, indem wir jetzt Grundstoffindustrien benachteiligen. Zum Beispiel über zu hohe Energiepreise oder Auflagen. Das führt zwangsläufig zu Problemen bei nachgelagerten Industrien. Und am Ende sind sie alle draußen. Das hilft uns nicht. Wir dürfen die ökonomische Basis, die wir als Volkswirtschaft haben, nicht nachteilig schwächen.

Sehen Sie bereits einen Abwanderungsprozess von Industrien?

Das ist kein Prozess, bei dem plötzlich Massen an Unternehmen aufstehen und sagen, „es reicht, wir gehen jetzt“. Das ist ein schleichender Prozess und wir stellen heute schon fest, dass einige Industriezweige aus Deutschland schlicht verschwunden sind oder dabei sind, sich aufzulösen. Nehmen Sie nur die Textil- und die Werftenindustrie – alles nachvollziehbare Entwicklungen, die jedoch unseren Standort schwächen.

GEMEINSCHAFTSWERK ENERGIEWENDE

Glaubwürdigkeit in eine verlässliche Energiepolitik ist erschüttert. Unternehmer fordern Entlastungen.

Die Energiewende war eine plötzliche politische Entscheidung und traf viele Unternehmen – vor allem in der Industrie – unvorbereitet. Wie sie umgesetzt werden kann und welche Rolle dabei die Themen Ressourceneffizienz und Rohstoffsicherung spielen, wurde in dritten Plenum des Deutschen Wirtschaftsforums diskutiert.

Auf der Bühne des frisch restaurierten Gesellschaftshauses Palmengarten appellierte Bundeskanzler a. D. Gerhard Schröder an die Anwesenden und machte klar, was in Deutschland auf dem Spiel steht: „Es gilt, Deutschland als Industriestandort zu sichern – durch eine verlässliche und bezahlbare Rohstoffversorgung.“ Als rohstoffarme Volkswirtschaft müsse Deutschland auf globaler, europäischer und nationaler Ebene tätig werden, um die Grundlage für die industrielle Produktion zu sichern. Die Energiewende bezeichnete er als richtige und wichtige Entscheidung. Wer jedoch glaube, man könne aufgrund des Aufbaus der erneuerbaren Energien bereits in den nächsten Jahrzehnten auf fossile Energieträger wie Kohle, Öl und Gas verzichten, sei im Irrtum.

Schröder ermahnte die Politik, auf die veränderten globalen Rahmenbedingungen zu reagieren. Den deutschen Unternehmen müsse ein bezahlbarer Zugang zu Rohstoffen im Wettbewerb mit aufsteigenden Entwicklungsländern wie China, Indien und Indonesien sichergestellt werden. Als weitere Probleme nannte er die immer schwieriger werdende Förderung von Rohstoffen, nationale Restriktionen und politische Instabilitäten in rohstoffreichen Ländern. Die Politik könne hierfür „nur die Rahmenbedingungen“ schaffen – etwa durch den Einsatz auf internationaler Ebene für einen fairen Rohstoffwettbewerb, multilateral verbesserte Handelsbedingungen und Transparenz in den Märkten. Doch auch die Unternehmen müssten hier Verantwortung übernehmen. Wie es funktionieren könne, habe er mit der 2005 begonnenen deutschen Rohstoffstrategie zwischen Bundesregierung und BDI gezeigt. Das „war ein wichtiger Schritt“ in die richtige Richtung, der von den nachfolgenden Regierungen weitergeführt werden müsse, so Schröder.

Aktive Rohstoffpolitik

Die häufige Kritik an der Reformpolitik seiner Agenda 2010 wies Schröder von sich. Sie sei neben dem starken Mittelstand verantwortlich für die aktuell gute Lage Deutschlands. Den bisherigen Weg mit dem Fokus auf Finanzdienstleistungen bezeichnete der Altbundeskanzler als falsch: „Die Finanzkrise hat uns vor Augen geführt, dass wir unsere industriellen Kerne schützen müssen, wenn wir in der Globalisierung wirtschaftlich und nachhaltig erfolgreich sein wollen.“ Der Sozialdemokrat sprach sich für eine verantwortungsbewusste Energiepolitik durch effizienteren Ressourceneinsatz, eine verbesserte Wiederverwertung sowie den Ausbau bilateraler Rohstoffpartnerschaften aus. Die vielfach kritisierte Abhängigkeit von Russland empfahl er als nachhaltigen Südpol-Ersatz: „Um es klipp und klar zu sagen: Ohne diese Rohstoffpartnerschaft mit Russland werden wir Deutsche, und alle Europäer, in den nächsten Jahrzehnten keinen wirtschaftlichen Erfolg haben.“ Als weiteres Argument für seine Forderung nach einer Vertiefung der Rohstoff- und Energiepartnerschaften nannte er die „gegenseitige Interdependenz“ und das „Mehr an Versorgungssicherheit“, da auch die rohstoffreichen Länder von ihren Exporteinahmen abhängig seien.

Das Thema Energiewende nutzte Schröder für eine Abrechnung mit der Regierung Merkel. Ihre „Kehrtwende in der Energiepolitik“ habe einen großen politischen und wirtschaftlichen Schaden angerichtet: „Die Glaubwürdigkeit in eine verlässliche Energiepolitik ist erschüttert.“ Es sei an der Zeit, dass die aktuell verantwortlichen Politiker ihre Hausaufgaben machten, so Schröder. Er selbst leiste „einen bescheidenen Beitrag zur Rohstoffsicherheit“ durch seine Funktion als Nord-Stream-Aufsichtsratsvorsitzender.

Nach den einführenden Worten Schröders wurde das Podium durch Martin Buchmann, Vorstand Wintershall Holding GmbH, Gerd Becht, Vorstand Deutsche Bahn AG, Lutz Diederichs, Vorstand UniCredit Bank AG und den Vorstandsvorsitzenden der Grillo-Werke AG, Ulrich Grillo, vervollständigt. Der frisch gewählte Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) betonte, Deutschland werde aufgrund seiner guten Wirtschaftslage trotz Krise in Europa beneidet.

Lutz Diederichs, Mitglied des Vorstands, UniCredit Bank AG, und Gerhard Schröder, Bundeskanzler a. D.

Ulrich Grillo, Vorsitzender des Vorstands, Grillo-Werke AG und designierter BDI-Präsident

Martin Buchmann, Mitglied des Vorstands, Wintershall Holding GmbH

Diese Position dürfe man nun nicht verspielen. Die Energiewende sei, so Grillo, anders als geplant eingetreten, doch es helfe nicht, darüber zu jammern. Stattdessen müssten Lösungen gefunden werden, die für die Unternehmen „sicher, sauber, bezahlbar“ seien. Grillo forderte eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Diederichs, der sich selbst als Skeptiker der eingeleiteten Reformen bezeichnete, sprach in diesem Zusammenhang die Planungssicherheit als das wichtigste Kriterium für Industrieinvestitionen an: „Energieinvestitionen sind extrem langfristige Investitionen. Sie brauchen 15, 20, 25 Jahre Laufzeit. Eigenkapital- und

> *„Die Finanzkrise hat uns vor Augen geführt, dass wir unsere industriellen Kerne schützen müssen, wenn wir in der Globalisierung wirtschaftlich und nachhaltig erfolgreich sein wollen.“*

Fremdkapitalinvestoren müssen in etwa wissen, was an Einnahmen- und Ausgabenströmen in diesem Zeitraum auf sie zukommt.“

Als das große Hindernis für die Energiewende bezeichnete Schröder die Tatsache, dass Deutschland von den anderen europäischen Ländern allein gelassen wird. „Ideologische Gräben“ verhinderten zurzeit, dass eine gemeinsame europäische Energiestrategie entwickelt werde. Auch seien die Unterschiede in der Produktion aktuell noch zu groß.

Bachmann hingegen stellte das schnelle Wachstum der Branche als wichtige Herausforderung für die Industrie in den Vordergrund. Im Moment gäbe es ein „Verteilungs- und ein Effizienzproblem“, das es zu lösen gelte. Grillo ergänzte, auch der Gas-Boom in den USA könne zum Problem für Deutschland werden – insbesondere, da der Strom aus erneuerbaren Energien teuer, amerikanisches Gas durch die neuen Fördermethoden aber immer billiger werde.

Wende in Teamarbeit

Gerd Becht bezeichnete die Bahn als Vorreiter der deutschen Energiewende. „Wir sind das Unternehmen mit der größten Stromrechnung“, betonte er. Als solches habe man nicht nur großen Einfluss, sondern auch eine große Verantwortung. Mit ihrer Energiepolitik und dem Fokus auf die erneuerbaren Energien wolle die Bahn deshalb ein Zeichen setzen.

Einig waren sich die Podiumsteilnehmer über die Bereitschaft der Industrie, sich intensiv für die Energiewende einzusetzen – allerdings nur mit Unterstützung der Politik. „Wir reden nicht von Subventionen, sondern von Entlastungen“, erklärte Grillo. Oberstes Ziel müsse es sein, einen Verteilungskampf um günstige Rohstoffe zu vermeiden. Schröder fügte hinzu: „Die Regierung muss sicherstellen, dass Firmen durch Entlastungen im Land bleiben.“ Zusätzlich wiesen die Experten auf die Notwendigkeit hin, die Bürger und den Staat an den Veränderungsprozessen zu beteiligen. Denn, so betonte Bachmann, es müsse viel investiert werden, damit die Energiewende ein Erfolg werden könne. Dabei sei es nicht mehr, dass Deutschland keine eigenen Ressourcen habe. Die deutsche Industrie sei „zuverlässig wie kein anderes Gewerbe“. Dieses Know-how müsse als Fortschrittsmotor genutzt werden. Ein Schlusswort lieferte der designierte BDI-Präsident: Für die Energiewende sei „Teamarbeit nötig. Wir sind bereit, als Industrie das Nötige dafür zu tun“.

Wenn unsere Mitarbeiter auf Geschäftsreise gehen, bringen sie immer etwas mit. Meistens Öl oder Gas.

Auf der Suche nach Energie sind wir weltweit unterwegs. Und weltweit willkommen. Ob in Norwegen, Russland oder dem Arabischen Raum. Ob in Südamerika oder Nordafrika. Als Deutschlands größter international tätiger Erdöl- und Erdgasproduzent haben wir Entscheidendes zu bieten: beste Technologie und viel Erfahrung. Beides bringen wir aus Deutschland mit. So fördern wir Zukunft.
www.wintershall.com

wintershall
Wir fördern Zukunft.

A subsidiary of BASF
The Chemical Company

DIGITALISIERUNG: AUF DEM SPRUNG IN DIE ZUKUNFT

Digital Cloud und Social Media gehört die Zukunft.

Wie wichtig die Anpassung von Geschäftsmodellen an die Neuerungen der digitalen Technologie ist, zeigte nicht zuletzt das Aus der Financial Times Deutschland (FTD), die Anfang Dezember ihre letzte Ausgabe veröffentlichte. Mit diesem Beispiel leitete denn auch Moderator Dietmar Deffner, Leiter der Wirtschaftsredaktion N24, das vierte Panel des Deutschen Wirtschaftsforums ein.

Diskussion mit (v.l.) Prof. Dr. h. c. Peter Weibel, Vorstand, ZKM; Prof. Dr. Peter Buxmann, TU Darmstadt und Vorstandsmitglied, House of IT e.V.; Karl-Heinz Streibich, CEO, Software AG; Markus Lessing, Geschäftsführer, DeutschlandCard GmbH

„Die digitale Revolution: Treiber der Wertschöpfung oder Zerstörer von Geschäftsmodellen?" war die zentrale Frage, mit der sich die Expertenrunde um DeutschlandCard GmbH-Geschäftsführer Markus Lessing, Prof. Dr. Peter Buxmann von der TU Darmstadt, Karl-Heinz Streibich, CEO der Software AG, und Prof. Dr. h. c. Peter Weibel, Vorstand Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM), beschäftigte.

Opfer der Digitalisierung?

Nicht zuletzt mit Blick auf die FTD eröffnete die Diskussion mit der Frage: „Wird das Thema Digitalisierung auch in Zukunft mit harten Unternehmensentscheidungen verbunden sein?" „Nicht per se", befand Geschäftsführer Lessing, der mit seiner DeutschlandCard auch digitale Kundendaten zur werblichen Nutzung erfasst. Es sei einfach wichtig, „sehr früh und vorausschauend Entscheidungen zu treffen, sich mit den Herausforderungen der Digitalisierung zu beschäftigen und genau zu wissen, wie die Auswirkungen auf das eigene Geschäftsmodell aussehen". Nur wer diese Fragen richtig beantworte, könne sein Unternehmen im Rahmen der Digitalisierung lenken. Wer keine Antworten auf die aktuellen Entwicklungen finde, sähe alt aus, so der Konsens der Expertenrunde. Als Verlierer der Digitalisierung benannte Markus Lessing, dessen Firma zum Bertelsmann-Konzern gehört, die Musikindustrie und den Versandhandel. Andere Branchen und Unternehmen profitierten jedoch, wie Karl-Heinz Streibich von der Software AG betonte. Als „Treiber dieser technologischen Veränderung" habe sein Unternehmen einen hohen Nutzen von der globalen Digitalisierung.

Doch nicht immer finden die Branchen die richtigen Wege in die digitalisierte Gegenwart. Weibel vom Zentrum für Kunst und Medientechnologie kritisierte, Printmedien hätten schlicht versäumt, zum Beispiel im Servicebereich, Angebote zu machen: „Die Medien müssen versuchen, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen." Denn, dass Onlinejournalismus grundsätzlich funktionieren könne, ergänzte sein Wissenschaftskollege Buxmann, zeige der Erfolg von SpiegelOnline oder auch die App der Bildzeitung. Allerdings müssten die Medien bereit sein, zu investieren und beispielsweise eine große Onlineredaktion einrichten.

Mit digitalen Bewertungsplattformen oder Portalen zum Preisvergleich verändert sich auch das Kaufverhalten der Bevölkerung. „Wer zu spät kommt, den bestraft der Verbraucher", summierte Lessing knapp. Jedes Unternehmen habe nur zwei Optionen – entweder sich den Onlinemarkt zu erschließen oder auf sein Potenzial zu verzichten. Er sei überzeugt, dass das „integrierte Onlinegeschäft" als Verknüpfung aller auf den Konsumenten ausgerichteten Kanäle aktuell die beste Lösung sei. „Digitalisierung ist ein integraler Bestandteil des Fortschritts", stimmte Streibich zu. „Sie bedeutet mehr Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz."

Moderator Dietmar Deffner (v. r.), Leiter Wirtschaftsredaktion N24, im Gespräch mit Markus Lessing, Geschäftsführer, DeutschlandCard GmbH

Um sich auf die Digitalisierung und das veränderte Konsumverhalten von Kunden einzustellen, spielen Daten eine entscheidende Rolle. „Durch die Digitalisierung werden Daten sichtbar, die vorher unsichtbar waren", erklärte Streibich dem Publikum. Für Unternehmen biete das die Chance, ihre Produktion effizienter an den Kundenbedürfnissen auszurichten. Ein konkretes Beispiel brachte Lessing von der DeutschlandCard GmbH: Sein Unternehmen nutzt Daten, um „Kundenwissen am Point of Sale" zu generieren und so zu erfahren, wie sich die Wünsche von Bestandskunden und Neukunden unterscheiden. Jedoch, so betonte der Geschäftsführer: „Daten sind ein sensibles Gut."

Ein Gedanke, den auch Wissenschaftler Buxmann aufgriff: Studien zeigten, dass Verbraucher mehrheitlich nicht mit dieser Art von Datensammlungen durch Unternehmen einverstanden seien. Unternehmen sollten sich nicht nur an die bestehenden Datenschutzrichtlinien halten, sondern darüber hinaus „eigene Grenzen setzen". Buxmann warnte die Firmen: Je nach Art der Datensammlung berge diese ein gewisses Risiko für die Unternehmen. Befragungen über Social-Media-Angebote oder auf der eigenen Website könnten „zu digitaler Unternehmensmüdigkeit und Shitstorms" führen. Angreifbare Unternehmen sollten sich sehr genau überlegen, ob sie beispielsweise eine Kommentarfunktion zulassen. Prof. Weibel ergänzte zudem: „Man muss Daten deuten können. Daten an sich sind noch kein Wissen."

Forschung verstärken

Um Daten zu analysieren und die richtige Antwort auf die Digitalisierung zu finden, setzt Buxmann auf die Forschung. Dafür brauche man „interdisziplinäre Forschungsprojekte an der Schnittstelle zwischen IT und Wirtschaft." Der Darmstädter ist Vorstandsmitglied des Projekts „House of IT e.V.", das der Entwicklung und Stärkung der Informations- und Kommunikationstechnologie dient.

Streibich ergänzte: „Ein digitaler Champion zu werden, hängt von mehreren Faktoren ab." Er sehe vor allem die USA im Vorteil, da es dort einen Markt mit einer einheitlichen Sprache gebe. Für deutsche und europäische Unternehmen sei eine Internationalisierung sehr teuer, weil sie jedes Angebot in vielen verschiedenen Sprachen umsetzen müssten. Für den Standort Deutschland gelte: Nicht die Zahl der neu gegründeten Unternehmen sei

„Wir müssen die Digitalisierung als Chance und nicht als Feindbild sehen und auf die Veränderungen der Konsumentenbedürfnisse reagieren."

von Bedeutung, sondern deren Entwicklung – „zu einer Industrie 4.0". Dafür müssten drei Kompetenzen zusammenkommen: „Bildung, Technik und Toleranz."

Für einen der größten Innovationsschübe der letzten Jahre hat die Entwicklung des Cloud Computing gesorgt. Streibich beschrieb die Cloud-Software als einen „dramatischen Vorteil" für Nutzer und Anbieter, weil sie eine „Vereinfachung und eine enorme Beschleunigung der Innovationszyklen" mit sich bringe. Allerdings – so unterstrich Buxmann – müssten zunächst die Bedenken der Nutzer in den Bereichen IT-Sicherheit, Identitätsdiebstahl und Verfügbarkeit behoben werden: „Die Anbieter sind in der Pflicht, zu kommunizieren, wie sicher die Technologie eigentlich ist." Weibel bezeichnete Cloud Computing als die „unvermeidliche Zukunft" und warnte vor den Folgen einer „falschen Wirtschaftsförderung".

Die Schlussrunde nutzten die Podiumsteilnehmer, um dem Plenum im Gesellschaftshaus Mut für die Zukunft zuzusprechen. „Wir müssen die Digitalisierung als Chance und nicht als Feindbild sehen und auf die Veränderungen der Konsumentenbedürfnisse reagieren", plädierte Lessing. Einen Lösungsansatz lieferte Karl-Heinz Streibich: Die jungen Leute müssten die Innovationen in die Unternehmen bringen, die älteren wiederum müssten dafür offen sein: „Sonst manövriert man sich selbst ins Aus."

WAS IST EIGENTLICH ...

Karl-Heinz Streibich ist Gründungs- und Präsidiumsmitglied des House of IT (HIT). Beim DWF referierte der CEO der Software AG über die digitale Revolution.

... Sinn und Zweck des House of IT?

Das HIT ist ein Dach für die Entwicklung unterschiedlicher IT-Initiativen in der Rhein-Main-Region. Als Public Private Partnership bringt es Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zusammen und soll individuelle Interessen und separierte Silos verbinden. IT ist erklärungsbedürftig. Deshalb definieren wir Leuchttürme, die interdisziplinäre Forschungs- und Weiterbildungsvorhaben sowie Unternehmensgründungen und junge IT-Unternehmen fördern.

... das oberste Ziel des House of IT?

Gemeinsam mit anderen Standortprojekten wie dem Software-Cluster soll das HIT dazu beitragen, dass die Rhein-Main-Region mit der Wissenschaftsstadt Darmstadt als führender IT-Standort Europas wahrgenommen wird.

... das „deutsche Silicon-Valley"?

Europas größter Software-Cluster umfasst mehr als 11.000 Unternehmen sowie 100.000 Beschäftigte und erstreckt sich um die Zentren Darmstadt, Karlsruhe, Kaiserslautern, Saarbrücken und Walldorf. Verbindendes Element ist die Kompetenz im Bereich Software, Fokus Unternehmenssoftware. Hier konzentrieren sich innovative IT-Unternehmen sowie führende Informatik-Fakultäten und Forschungseinrichtungen.

Dr. Mathias Müller, Präsident der IHK Frankfurt a. M., eröffnete die Abendveranstaltung. Rund 200 geladene Gäste waren zum festlichen Empfang im Gesellschaftshaus Palmengarten.

Bereits einen Tag vor der offiziellen Eröffnung erstrahlte das Gesellschaftshaus Palmengarten in neuem Glanz.

Der Hessische Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Florian Rentsch (FDP), hatte zum Vorabendempfang geladen.

Gastgeber des Mittagessens war Dr. Lutz Dumwalder, Landeshauptmann von Südtirol, hier im Gespräch mit Gerhard Schröder.

Roland Boekhout, Vorsitzender des Vorstands, ING-DiBa AG, begrüßte seine Gäste zum festlichen Empfang.

Der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier (M.), IHK-Präsident Dr. Mathias Müller (l.) und Tigerpalast-Direktor Johnny Klinke (r.) freuten sich über eine gelungene Premiere im Gesellschaftshaus.

FESTLICHER ABSCHLUSS IM PALMENGARTEN

Rund 200 geladene Gäste waren der Einladung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Frankfurt am Main und der ING-DiBa AG zur festlichen Abendveranstaltung des Deutschen Wirtschaftsforums ins Gesellschaftshaus Palmengarten gefolgt.

„Ich danke Ihnen, dass das Deutsche Wirtschaftsforum dieses Mal bei uns tagt. Das zeichnet uns aus", so der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) in seinem Grußwort. Mathias Müller, Präsident der IHK Frankfurt, bekräftigte in seiner Rede die Absicht, die für Wirtschaft und Politik bedeutende Veranstaltung auch in Zukunft an die Rhein-Main-Metropole zu binden. „Es ist ein Forum der Wirtschaft, nicht das Forum einer Branche. Deswegen haben wir es auch gerne unterstützt, um den Dialog zu den Themen, die die Wirtschaft heute betreffen und auch morgen noch umtreiben werden, hier zusammenzuführen."

Ein fulminantes Rahmenprogramm der Abendveranstaltung boten die Künstler des Varieté-Theaters Tigerpalast, die die Zuschauer mit akrobatischen Highlights unterhielten. Durch das Programm führte Tigerpalast-Direktor Johnny Klinke.

Schon am Vorabend hatten sich auf Einladung des Hessischen Staatsministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Florian Rentsch (FDP), und der DeutschlandCard GmbH rund 100 Vertreter aus Wirtschaft und Politik in kleinem Kreis zum intensiven Austausch in lockerer Atmosphäre getroffen. „Hessen ist mit seiner Metropole Frankfurt einer der wichtigsten Wirtschaftsstandorte in Deutschland sowie Europa. Hier hat der international bedeutende Börsen- und Finanzplatz seinen Sitz und hier ist der Verkehrsknotenpunkt Deutschlands mit dem Frankfurter Flughafen als Tor zur Welt", begrüßte Rentsch die Gäste. Auch die Bereiche Dienstleistungen, IT, Industrie, Pharma, Technologie und die Kreativwirtschaft gehörten zur wirtschaftlichen Stärke des Rhein-Main-Gebiets, so der Minister. „Diese Mischung zeichnet den Standort aus. Umso mehr freue ich mich, dass das Deutsche Wirtschaftsforum in diesem Jahr von Hamburg nach Frankfurt gezogen ist. Ich wünsche der Veranstaltung gute und erfolgreiche Gespräche und würde mich freuen, wenn sich das Deutsche Wirtschaftsforum im nächsten Jahr wieder für Hessen entscheidet."

Das Rahmenprogramm präsentierte das Tigerpalast Varieté-Theater mit einer atemberaubenden Akrobatikshow.

Uli Baur (M.), Chefredakteur FOCUS, im Gespräch mit Michael Schmidt (r.), Vorstvorsitzender des Vorstands, BFI Lange SE, und Dr. Reinhard Ploss (l.), Vorsitzender des Vorstands, Infineon Technologies AG.

Gerd Becht, Mitglied des Vorstands, Deutsche Bahn AG

„WIR ERLEBEN ZURZEIT EINE KOSTENTREIBENDE ENERGIEPOLITIK"

Gerhard Schröder, Bundeskanzler a.D. und Referent des Deutschen Wirtschaftsforums, über Rohstoffabhängigkeit, Energiewende und eine verlässliche Energieversorgung.

Herr Schröder, welche Nachricht aus den Medien hat Sie in letzter Zeit besonders aufgewühlt und warum?

Was mich schon länger beschäftigt, auch weil es zum Teil während meiner Amtszeit passiert ist, sind die Morde dieser rechten Terrorbande, der zehn unschuldige Menschen zum Opfer gefallen sind. Ich hätte nicht für möglich gehalten, dass so etwas in unserem Land möglich ist. Das bestärkt mich in meinem persönlichen Engagement gegen jede Form von Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus. Und deswegen bin ich auch davon überzeugt, dass wir die NPD verbieten müssen, damit der Nährboden für solches Denken entzogen wird.

Wenden wir uns dem Thema Energiewirtschaft zu. Wie beurteilen Sie die bisherigen Entwicklungen bei der angestrebten Energiewende?

Mit Planung hat das nichts zu tun. Nach der Atomkatastrophe in Japan war das schlicht eine Panikreaktion der jetzigen Bundesregierung. Es gab in Deutschland bis jetzt nur eine Energiewende, und das war unser rot-grüner Atomkonsens aus dem Jahr 2000. Damals haben wir den übrigens zusammen mit der Energiewirtschaft gemacht. Der Konsens sah den Atomausstieg und den gleichzeitigen Einstieg in die erneuerbaren Energien über einen Zeitraum von rund 30 Jahren vor. Das war ein realistischer Plan. Diesen Plan hat die heutige Regierung wider besseren Wissens über Bord geworfen. Die Zeche dafür zahlen Verbraucher und Unternehmen.

Laut Bundesregierung sollen erneuerbare Energien 2020 18 Prozent des Endenergieverbrauchs ausmachen. Ist das ein realistisches Szenario?

Möglich, sogar wünschenswert ist das schon, aber die zentrale Frage bleibt ja: Wir können wir eine verlässliche und zugleich bezahlbare Energieversorgung sicherstellen? Wir brauchen eine Lösung für die Grundlastversorgung, die sinnvollerweise vor allem durch Gaskraftwerke möglich ist, weil diese flexibel und klimaschonend sind. Die Netze müssen ausgebaut und stabilisiert werden. Die Bezahlbarkeit von Strom ist wichtig, nicht nur für Familien, sondern gerade auch für die Industrie und die Arbeitsplätze.

Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder mahnte zu Verlässlichkeit.

Sehen Sie den Wirtschaftsstandort Deutschland durch die Energiewende gefährdet?

Der Preis für Strom und Energie ist ein internationaler Wettbewerbsfaktor. In den USA sind die Preise stark gesunken, weil dort Gas sehr billig geworden ist. Das beeinflusst Investitionsentscheidungen von Unternehmen, weil sie dorthin gehen, wo es eine verlässliche und bezahlbare Versorgung gibt. Wir erleben zurzeit in Deutschland eine Energiepolitik, die die Kosten treibt und ein bisher sicheres System, das Rückgrat einer jeden erfolgreichen Wirtschaft, infrage stellt.

Die Energiewende ist auch für einen Bundeskanzler eine wichtige und historische Aufgabe. Was würden Sie Angela Merkel aktuell raten?

Es gehört nicht zu meinen Aufgaben, der Kanzlerin einen Rat zu geben. Die Probleme sind ihr sicherlich bekannt, sie hat sie ja durch ihre Energiepolitik selbst geschaffen.

Sie sind Aufsichtsratsvorsitzender der Nord Stream AG und seit Jahren am Projekt Ostsee-Pipeline beteiligt. Ist es politisch klug, die Rohstoffabhängigkeit von Russland noch weiter auszubauen?

Die Ostsee-Pipeline schafft keine einseitige Abhängigkeit, sondern sie ist Ausdruck gemeinsamer europäisch-russischer Interessen. Russland ist ebenso abhängig von Westeuropa. Denn es exportiert seine Rohstoffe überwiegend zu uns. Wenn es also Abhängigkeiten geben sollte, dann sind sie gegenseitig. Aber was wir verstehen müssen, ist doch einfach: Russland bietet uns alle Rohstoffe, die wir brauchen. Sie liegen quasi vor unserer Haustür. Wir wären als Europäer naiv, wenn wir unseren Konkurrenten aus Asien, auch aus den USA den Vortritt lassen. Diese Rohstoffe – Gas, Öl und Metalle – werden einfach gebraucht. Jetzt geht es darum, dass europäische Unternehmen, allen voran deutsche, den notwendigen Technologietransfer leisten und sich den Zugriff auf Rohstoffquellen sichern. Das ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben, weil wir trotz der Steigerung der Effizienz für die nächsten Jahrzehnte Rohstoffe brauchen, und zwar nicht nur für die Energieerzeugung, sondern vor allem für unsere Industrie. Deshalb ist die Partnerschaft mit Russland so wichtig. Ohne Rohstoffe gibt es keine Arbeitsplätze in Deutschland. So einfach ist die Rechnung.

Anzeige

SEPA kommt nicht irgendwann.

Besser jetzt starten!

Zum 1.2.2014 wird der nationale und internationale Zahlungsverkehr endgültig auf SEPA umgestellt. Lassen Sie uns das Thema jetzt angehen, damit Sie rechtzeitig startklar sind! Wir unterstützen Sie dabei. Unsere Spezialisten stehen bereit – sprechen wir darüber!

sepa@unicreditgroup.de
www.unicredit.de/sepa

Life is full of ups and downs. We're there for both.

Welcome to UniCredit
Corporate & Investment Banking

DIE PARTNER DES DEUTSCHEN WIRTSCHAFTSFORUMS 2012

VERANSTALTUNGSPARTNER: IHK Frankfurt am Main
GASTGEBER MITTAGESSEN: BLS Südtirol-Alto Adige
GASTGEBER ABENDVERANSTALTUNG: ING DiBa Die Bank und Du
FÖRDERER UND SHUTTLE SERVICE
PR-PARTNER: agentur05

FÖRDERER: ABA, arvato Bertelsmann, DB Bahn, Cerberus, CMS Hasche Sigle, Gansemann, House of IT, FAZ, Saxoprint, Frankfurt, wisag

Neugier ist orange.

N24

WEIHNACHTSAKTION UNICEF: „ZEIT ZU TEILEN"

Das Deutsche Wirtschaftsforum 2012 unterstützt die traditionelle UNICEF-Weihnachtsaktion unter dem Motto „Zeit zu teilen".

UNICEF-Botschafterin Nina Ruge rief zu Spenden für 150.000 Neugeborene und ihre Mütter in Sierra Leone, Afghanistan, der Zentralafrikanischen Republik, Burundi und im Südsudan auf. „Die Wirtschaftsdaten eines Landes geben meist auch den Blick auf die Zukunftschancen der Kinder frei", erklärte die Moderatorin, die seit 1990 für das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen aktiv ist. „UNICEF hat die anderen Volkswirtschaften im Blick: geringes Bruttoinlandsprodukt, minimales Durchschnittseinkommen, hohe Arbeitslosigkeit. Dort stehen die Zukunftschancen für Kinder nahe null."

Weltweit sterben 6,9 Millionen Kinder vor ihrem fünften Geburtstag. Jedes vierte von ihnen wird nicht einmal einen Monat alt. In den ärmsten Ländern Afrikas ist die Neugeborenensterblichkeit besonders hoch, jede Schwangerschaft birgt ein tödliches Risiko für Mutter und Kind. Die wenigsten Frauen haben Zugang zu einer angemessenen Schwangerschaftsvorsorge. Die Gesundheitseinrichtungen sind zu weit entfernt, es fehlt an ausgebildeten Hebammen, medizinischem Gerät und Medikamenten. Die Geburt findet meist zu Hause statt – unter schlechtesten hygienischen Bedingungen. Nur wenige Mütter wissen, wie sie ihr Neugeborenes richtig ernähren und vor Krankheiten schützen können. „Schon vor Beginn der globalen Finanzkrise stiegen vor allem in Entwicklungsländern die Nahrungs- und Energiepreise auf ein Rekordniveau. „Das hat ganz unmittelbare Folgen für die ärmsten Menschen", so Ruge. Mit den Spenden möchte UNICEF dabei helfen, Gesundheitsstationen in besonders entlegenen Gebieten aufzubauen, Gesundheitshelfer auszubilden, Impfkampagnen ins Leben zu rufen, Moskitonetze zu verteilen und die Familien vor, während und nach der Schwangerschaft zu unterstützen. „Jedes Kind hat ein Recht auf Überleben! Es ist „Zeit zu teilen"", richtete Ruge ihren Spendenapell an die Teilnehmer des DWF.

UNICEF-Botschafterin Nina Ruge warb um Spenden für das Hilfsprojekt „Zeit zu teilen".

DAS GESELLSCHAFTSHAUS PALMENGARTEN

Mit einer Größe von 22 Hektar gehört der Frankfurter Palmengarten zu den größten Parks Deutschlands und wurde seit seiner Gründung mehrfach erweitert und modernisiert. Eine Frankfurter Bürgerinitiative gründete ihn 1869. Drei Jahre später eröffnete der spätere Kaiser Wilhelm II. das Palmenhaus sowie das angeschlossene Gesellschaftshaus offiziell. Nachdem das Gesellschaftshaus 1878 größtenteils durch ein Feuer zerstört wurde, erhielt es beim Wiederaufbau einen großen prunkvollen Festsaal. 2002 wurde es wegen baulicher Mängel geschlossen und in diesem September neu eröffnet. Dem britischen Architekten Chipperfield gelang es dabei, die historische Substanz des Bauwerks zu erhalten. Außerdem wurde bei der Sanierung an sämtliche Anforderungen zeitgemäßer Veranstaltungen gedacht: Sowohl der Festsaal als auch die übrigen Tagungsräume sind mit umfangreichem technischem Equipment ausgestattet und multifunktional nutzbar, was sie zu einem beliebten Ausrichtungsort für Tagungen, Galas, Kongresse oder Hochzeiten macht.

MEDIENPARTNER: DIE WELT, FOCUS, hr INFO, International Herald Tribune, N24, Rhein Main Media

„Die Veranstaltung ist genau richtig platziert, auch mit den tragenden Themen in Industrie und Wirtschaft hat man den Nagel auf den Kopf getroffen."

Mark Hembury,
Managing Director Germany,
Thomson Reuters Deutschland GmbH

„Gerade in der aktuellen Zeit ist so ein Wirtschaftsforum wichtiger denn je, auch um Netzwerke zu pflegen und zu nutzen."

Monika Kohler,
Director Real Estate Region Central-West, UniCredit Bank AG

„Es hat mich beeindruckt, vor dem Hintergrund der Paulskirche Redner aus der Bundesregierung zu hören – ein historisch angelegter Tag."

Dr. Andreas Böckmann,
Geschäftsführer,
Wiebe Holding GmbH & Co. KG

„Wenn man sich ansieht, wer auf dem Podium sitzt, ist das eine fast einzigartige Veranstaltung in Deutschland."

Dr. Volker Damrath, Geschäftsführer,
Chemiewerk Bad Köstritz GmbH

Impressum

Deutsches Wirtschaftsforum 2012
Sonderveröffentlichung der Convent Kongresse GmbH vom 16. Dezember 2012

Veröffentlicht in:
Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Regionalteil Rhein-Main
Zeitungsanzeigengesellschaft RheinMainMedia mbH (RMM)
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Projektleitung:
Michael Nungässer (RMM)
Tel. 0 69/75 01-41 79
m.nungaesser@rheinmainmedia.de

Produktion:
Dr. Peter Lüttig (RMM)
Tel. 0 69/75 01-41 50
p.luettig@rheinmainmedia.de

Texte und Interviews:
die-journalisten.de GmbH, Köln
krath@die-journalisten.de

Fotos:
Jürgen Lecher

Druck:
Frankfurter Societäts-Druckerei
Kurhessenstr. 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Verantwortlich:
Dr. Mark Schiffhauer, Convent Kongresse GmbH